Daimler: Ohne Musik stottert die Wirtschaft

Konzern schlägt Alarm: Sparkurs für Musikhochschule Trossingen schädlich für neues Prüfzentrum in Immendingen

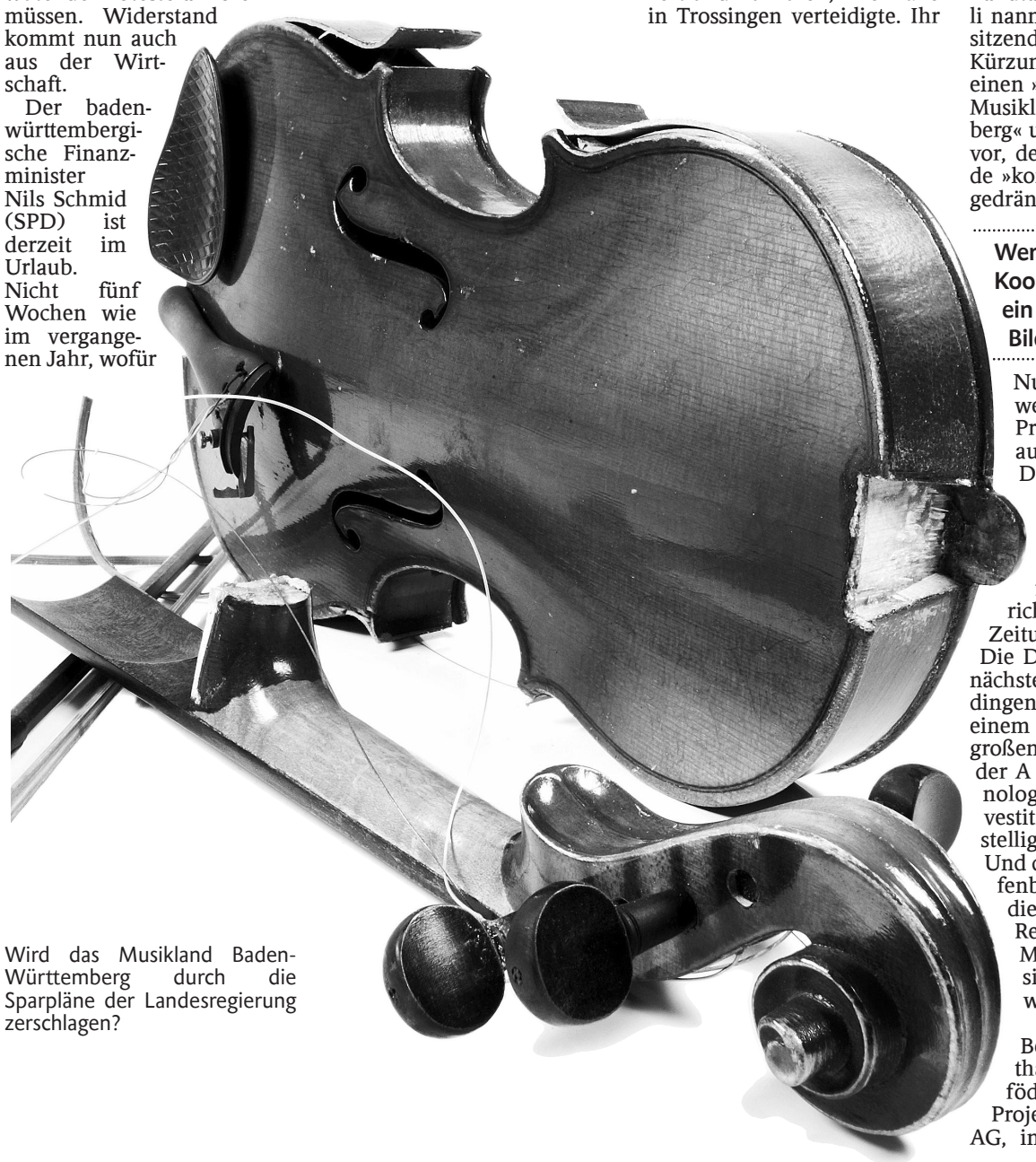
Von Frank Krause

Stuttgart/Trossingen. Die Landesregierung will sparen. Aber wo? Zum Beispiel bei den Lehrerstellen, bei den Beamten – und auch bei den Musikhochschulen. In Trossingen (Kreis Tuttlingen) hat sich Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) dafür wütende Proteste anhören müssen. Widerstand kommt nun auch aus der Wirtschaft.

Der baden-württembergische Finanzminister Nils Schmid (SPD) ist derzeit im Urlaub. Nicht fünf Wochen wie im vergangenen Jahr, wofür er vom eigenen Koalitionspartner damals hart kritisiert wurde. Aber Schmid gönnt sich ein paar Tage Auszeit. Daheim, in seinem Superministerium, trudeln derweil die Sparvorschläge der einzelnen Ministerien ein. Alle müssen liefern, weil nach den Sommerferien der Sparfahrplan für die nächsten Jahre geschrieben werden soll.

Eckpunkte sind schon sichtbar – auch im Bereich des Wissenschaftsministeriums. Dessen Chefin Theresia Bauer will bekanntlich bei den Musikhochschulen im Land sparen. Da sei »richtig und notwendig«, sagte Bauer, als sie jüngst, begleitet von Pfeifkonzert und Buhrufen, ihre Pläne in Trossingen verteidigte. Ihr Argument: Derzeit würden an den fünf Musikhochschulen in Baden-Württemberg mehr Musiker ausgebildet als benötigt. Bauers Plan: In Trossingen und in Mannheim sollen 500 Studienplätze und 50 Professorenstellen wegfallen.

Doch dagegen mehrt sich der Widerstand. Nicht nur vor Ort, sondern auch in der Landtagsopposition. Ende Juli nannte die FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger die Kürzungspläne von Grün-Rot einen »Generalangriff auf das Musikland Baden-Württemberg« und warf der Regierung vor, der ländliche Raum werde »konsequent an den Rand gedrängt«.



Wird das Musikland Baden-Württemberg durch die Sparpläne der Landesregierung zerschlagen?

Wertvolle Kooperationen und ein vielfältiges Bildungsangebot

Nun gewinnt das Thema weiter an Fahrt. Heftiger Protest kommt jetzt auch aus der Wirtschaft. Die Daimler AG hat sich mit einem Hilferuf an die Landtags-Opposition gewendet. Das bestätigte FDP-Landtagsfraktionschef Hans-Ulrich Rülke gestern unserer Zeitung. Worum geht es? Die Daimler AG will in den nächsten Jahren in Immendingen (Kreis Tuttlingen) auf einem ehemaligen 400 Hektar großen Militärgelände unweit der A 81 ein Prüf- und Technologiezentrum bauen. Investitionssumme: ein dreistelliger Millionenbetrag. Und der Autokonzern hat offenbar größte Sorgen, dass die Region als Standort an Reiz verliert, wenn an der Musikhochschule Trossingen massiv gespart wird.

Es sei »von zentraler Bedeutung«, schreibt Lothar Ulsamer, Leiter für föderale und kommunale Projekte bei der Daimler AG, in einer E-Mail an die Landtags-Opposition, dass nach Fertigstellung des Technologiezentrums »für die entsprechenden Entwicklungsarbeiten auch qualifizierte Mitarbeiter gewonnen werden können«. Man sei darauf angewiesen, dass die Mitarbeiter »in die umliegenden Gemeinden ziehen und dort ihren ersten Wohnsitz nehmen«. Die Frage der »Schul- und Hochschulbildung für die Kinder der Mitarbeiter« spiele dabei eine wichtige Rolle. »Der Hochschule Furtwangen mit ihren Standbein in Villingen-Schwenningen und ihrem Campus in Tuttlingen, aber auch die Musikhochschule in Trossingen darf in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden«, heißt es in der Mail, die unserer Zeitung vorliegt.

Und so appelliert die Daimler AG an die Landtags-Opposition, sich nachdrücklich für den Erhalt des Standorts Trossingen einzusetzen. »Wir bitten um Ihre Unterstützung zum Erhalt der Musikhochschule Trossingen.« Die Einrichtung pflege nicht nur »wertvolle Kooperationen« mit Musikschulen, Kindergärten, Kliniken, Museen und Kulturämtern in der Region, sie zeichne sich auch durch ihr vielfältiges Bildungsangebot aus. »Eine Beschränkung auf Alte Musik und Elementare Musikpädagogik würde die Bedeutung dieser Bildungsinstitution schmälern«, warnt Ulsamer.

FDP-Fraktionschef Rülke reagierte mit Verständnis auf die Sorge von Daimler-Mann Ulsamer. Das sei schließlich ein Weltkonzern, »der alles dafür tut, um die Region attraktiv zu halten. Aber Grün-Rot tut alles dafür, um wie beim Nationalpark und der Polizeireform den ländlichen Raums auszubluten.«

INFO

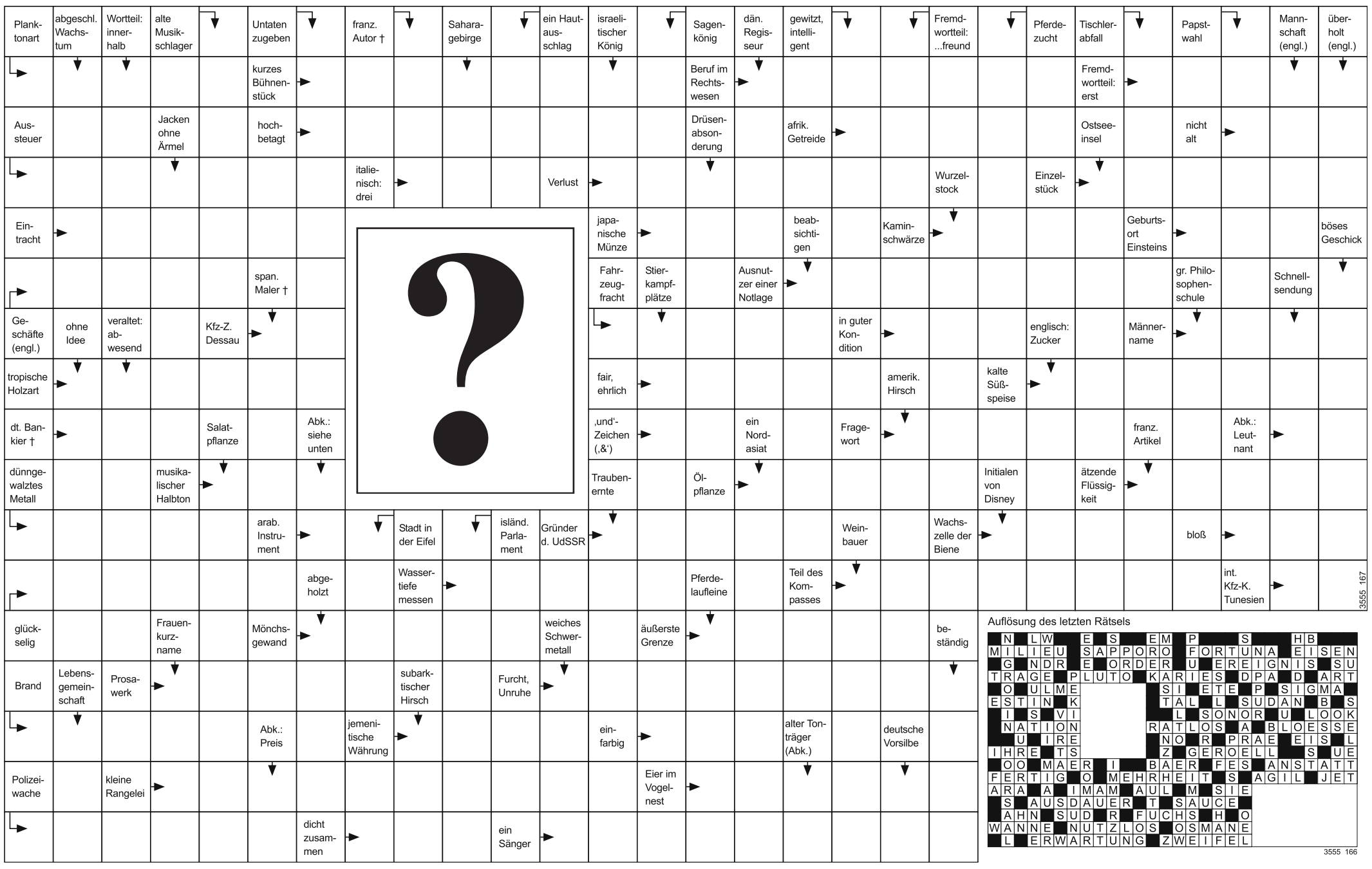
Chronologie der Sparpläne

▸ **Am 15. Juli**
veröffentlicht der Landesrechnungshof einen Bericht, nach dem die fünf Musikhochschulen in Baden-Württemberg fünf Millionen Euro sparen müssen. Empfohlen wird unter anderem, die Zahl der Studienplätze von 2500 auf 2000 zu reduzieren. Gegen dieses »Rasenmäherprinzip« protestierten die Rektoren der Einrichtungen in Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Trossingen.

▸ **Am 16. Juli**
stellt Kunstministerin Theresia Bauer (Grüne) Überlegungen einer Kommission vor, die sich mit strukturellen Veränderungen an den Musikhochschulen beschäftigt. So soll etwa der Stuttgarter Studiengang Jazz nach Mannheim verlegt werden und der Trossinger Standort zu einer Akademie degradiert werden. In Mannheim sollen die Studiengänge Klassik und Schulmusik gestrichen werden.

▸ **Am 23. Juli**
begegnet Kunststaatssekretär Jürgen Walter (Grüne) bei der Verleihung des Landesjazzpreises den Protesten von Musikern, Veranstaltern und Stuttgarts Kulturbürgermeisterin Susanne Eisenmann (CDU), die die Jazzszene in der Stadt gefährdet sehen, im Theaterhaus Stuttgart mit dem Angebot, künftig jährlich eine CD der Landesjazzpreisträger zu finanzieren und einen Landesjazzpreis für das Lebenswerk auszuloben.

▸ **Am 2. August**
besucht Wissenschaftsministerin Bauer Trossingen und stellt ihre Pläne vor. Sie wird mit Buhrufen empfangen.



Auflösung des letzten Rätsels